

Bayerischer Rettungsschirm für Arbeitsplätze

Antragspaket der SPD-Landtagsfraktion für ein Konjunkturprogramm

- Bayern-Offensive: 800 Millionen Euro Sonderprogramm für Wachstum und Beschäftigung (I) Leitantrag
- Hochschulbau und Hochschulsanierung: zusätzlich 200 Millionen Euro Im Jahr 2009 (II)
- Bau und Sanierung von Schulen: zusätzlich 50 Millionen Euro im Jahr 2009 (III)
- Unterhalt und Bau von Staatsstraßen: zusätzlich 50 Millionen Euro im Jahr 2009 (IV)
- Wohnungsbau: zusätzlich 50 Millionen Euro im Jahr 2009 (V)
- Hochwasserschutz: zusätzlich 30 Millionen Euro im Jahr 2009 (VI)
- Energetische Sanierung von staatlichen Gebäuden: zusätzlich 30 Millionen Euro im Jahr 2009 (VII)
- Landesplan für Altenhilfe: zusätzlich 50 Millionen Euro im Jahr 2009 (VIII)
- Landesbehindertenplan: zusätzlich 30 Millionen Euro im Jahr 2009 (IX)
- Mittel aus der Kfz-Steuer für die kommunale Infrastruktur: zusätzlich 100 Millionen Euro im Jahr 2009 (X)
- Sanierung kommunaler Bäder: zusätzlich 50 Millionen Euro im Jahr 2009 (XI)
- Krankenhausfinanzierung: zusätzlich 100 Millionen Euro im Jahr 2009 (XII)
- Dorferneuerung und Städtebauförderung: zusätzlich 40 Millionen Euro im Jahr 2009 (XII)
- Mittelstandskreditprogramm: zusätzlich 20 Millionen Euro im Jahr 2009 (XIII)
- Hilfen für den Mittelstand bei Liquiditätsschwierigkeiten (XVI)

20. November 2008

An die
Frau Präsidentin
des Bayerischen Landtags
Maximilianeum
81627 München

hz
Telefon 089 4126 2350
Telefax 089 4126 1229
harald.zeidler
@bayernspd-landtag.de

München, 17.11.2008

Antrag

**Bayerischer Rettungsschirm für Arbeitsplätze (I)
Bayern-Offensive: 800 Millionen Euro Sonderprogramm für Wachstum und Beschäftigung**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Brücke zum nächsten Aufschwung bauen – den Menschen helfen, nicht nur den Banken!

Es gilt in der aktuellen Finanz- und Konjunkturkrise: den Menschen helfen, nicht nur den Banken! Die massive Krise auf den Finanzmärkten erfordert weltweit milliardenschwere staatliche Hilfsprogramme. Inzwischen sind die Auswirkungen auch in der Realwirtschaft - beim Wirtschaftswachstum, in Unternehmen und auf dem Arbeitsmarkt – deutlich zu spüren. Die Bayerische Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, ergänzend zum Konjunkturprogramm der Bundesregierung auch in Bayern umfassende und kraftvolle Initiativen zu ergreifen, um der Rezession entgegenzuwirken, den Abschwung abzukürzen und damit eine Brücke bis zum nächsten ökonomischen Aufschwung zu bauen. Dafür soll es im Jahr 2009 ein Sonderprogramm für Wachstum und Beschäftigung geben.

2. Sonderprogramm für Wachstum und Beschäftigung im kommenden Staatshaushalt

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert,

- das Sonderprogramm für Wachstum und Beschäftigung bereits in ihren Entwurf des Doppelhaushalts 2009/2010 aufzunehmen, damit im Jahr 2009 die gesamtwirtschaftli-

chen Nachfrage erhöht, die konjunkturelle Entwicklung in Bayern gestärkt und Arbeitsplätze im Freistaat gesichert und geschaffen werden,

- den Entwurf des Doppelhaushalts 2009/2010 noch in diesem Jahr im Bayerischen Landtag einzubringen, damit der neue Doppelhaushalt so früh wie möglich verabschiedet werden kann, schnell klare Rahmenbedingungen für alle Akteure vorliegen und das Sonderprogramm rasch greifen kann,
- umgehend zu prüfen, welche Haushaltssperren aufgrund der Steuermehreinnahmen in Höhe von einer halben Milliarde Euro noch in diesem Jahr vor allem bei den Investitionen aufgehoben werden können, um schon jetzt zusätzliche Impulse zu setzen.

3. Stärkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage

Konkret soll mit dem Sonderprogramm für Wachstum und Beschäftigung die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in Bayern durch folgende Maßnahmen erhöht werden:

- das Vorziehen mittelfristig geplanter staatlicher Investitionen,
- echte zusätzliche staatliche Investitionen,
- Erleichterung kommunaler Investitionen durch Erhöhung der investiven Mittel der Kommunen,
- gezielte Hilfen für die von der Rezession besonders betroffenen Branchen.

4. Schaffung zusätzlicher Impulse: 800 Millionen Euro Sonderprogramm im Jahr 2009

Besonders wirksam zur Schaffung spürbarer und wirksamer ökonomischer Impulse sind folgende Bereiche, in denen zusätzliche Mittel bereitgestellt werden:

- Hochschulbau und Hochschulsanierung: zusätzlich 200 Millionen Euro
- Bau und Sanierung von Schulen: zusätzlich 50 Millionen Euro
- Unterhalt und Bau von Staatsstraßen: zusätzlich 50 Millionen Euro
- Wohnungsbau: zusätzlich 50 Millionen Euro
- Hochwasserschutz: zusätzlich 30 Millionen Euro
- Energetische Sanierung von staatlichen Gebäuden: zusätzlich 30 Millionen Euro
- Landesplan für Altenhilfe: zusätzlich 50 Millionen Euro
- Landesbehindertenplan: zusätzlich 30 Millionen Euro
- Mittel aus der Kfz-Steuer für die kommunale Infrastruktur: zusätzlich 100 Millionen Euro
- Sanierung kommunaler Bäder: zusätzlich 50 Millionen Euro
- Krankenhausfinanzierung: zusätzlich 100 Millionen Euro
- Dorferneuerung und Städtebauförderung: zusätzlich 40 Millionen Euro
- Mittelstandskreditprogramm: zusätzlich 20 Millionen Euro
- Hilfen für den Mittelstand bei Liquiditätsschwierigkeiten: zunächst keine Kosten

5. Finanzierung

Ende 2007 betrug die Haushaltssicherungs-, Kassenverstärkungs- und Bürgschaftssicherungsrücklage 1,9 Milliarden Euro. Planmäßig werden in diesem Jahr 400 Millionen Euro zugeführt. Nach Informationen des Staatsministers der Finanzen kann im laufenden Jahr mit einem Steuerplus von rund einer halben Milliarde Euro gerechnet werden, das im Vollzug zur Freigabe von Haushaltssperren verwendet oder ebenfalls der Rücklage zugeführt werden kann. Damit ist die Finanzierung des bayerischen Rettungsschirms für Arbeitsplätze gesichert.

Franz Maget	Dr. Thomas Beyer	Adelheid Rupp
Dr. Paul Wengert	Susann Biedefeld	Volkmar Halbleib
Annette Karl	Reinhold Perlak	Florian Ritter
Bernhard Roos	Dr. Simone Strohmayr	

Begründung:

Deutschland befindet sich in einer Rezession, das Bruttoinlandsprodukt schrumpft. Dadurch wird die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, die zu einer deutlichen Abnahme der Zahl der registrierten Arbeitslosen und zu einem Anstieg der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten geführt hat, beendet. Es droht akut ein erneuter Anstieg der Arbeitslosigkeit durch den konjunkturellen Einbruch, der durch saisonale Effekte noch verstärkt wird. Die Politik ist jetzt gefordert, kraftvoll und entschieden mit allen wirtschaftspolitischen Instrumenten gegenzusteuern.

Das wichtigste politische Ziel ist es, möglichst rasch – also schon im Jahr 2009 - auf einen ökonomischen Wachstumspfad zurückzukehren. Es ist daher notwendig, dass Bund, Länder und Kommunen im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles tun, um die Rezession so schnell wie möglich zu überwinden. Der Bund hat durch sein Konjunkturprogramm vorgelegt. Bayern sollte die Bundesinitiative sinnvoll ergänzen, eigene Schwerpunkte bilden und auch die Kommunen in die Lage versetzen, rasch und wirksam zusätzlich zu investieren.

Über dieses Programm hinaus, in dessen Mittelpunkt die Ausweitung der Investitionen steht, sollte auch der private Konsum zur Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage

gestärkt werden. Das kann in Bayern landesgesetzlich in folgenden Bereichen geregelt werden:

- Kostenfreie Kinderbetreuung, um auch die finanzielle Situation junger Familien zu verbessern,
- Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, um die Einkommen von Arbeitnehmern im Niedriglohnsektor anzuheben
- und Abschaffung der Studiengebühren, um Bildungsbarrieren abzubauen und die Studierenden finanziell zu entlasten.

An die
Frau Präsidentin
des Bayerischen Landtags
Maximilianeum
81627 München

hz
Telefon 089 4126 2350
Telefax 089 4126 1229
harald.zeidler
@bayernspd-landtag.de

München, 17.11.2008

Antrag

Bayerischer Rettungsschirm für Arbeitsplätze (II) Hochschulbau und Hochschulsanierung: zusätzlich 200 Millionen Euro Im Jahr 2009

Der Landtag wolle beschließen:

Es gilt in der aktuellen Finanz- und Konjunkturkrise: den Menschen helfen, nicht nur den Banken! Die massive Krise auf den Finanzmärkten erfordert weltweit milliardenschwere staatliche Hilfsprogramme. Inzwischen sind die Auswirkungen auch in der Realwirtschaft - beim Wirtschaftswachstum, in Unternehmen und auf dem Arbeitsmarkt – deutlich zu spüren. Die Bayerische Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, ergänzend zum Konjunkturprogramm der Bundesregierung auch in Bayern umfassende und kraftvolle Initiativen zu ergreifen, um der Rezession entgegenzuwirken, den Abschwung abzukürzen und damit eine Brücke bis zum nächsten ökonomischen Aufschwung zu bauen. Dafür soll es im Jahr 2009 ein Sonderprogramm für Wachstum und Beschäftigung geben.

Es werden von den von der Staatsregierung im Sommer angekündigten Mitteln für die bayerischen Hochschulen (4 Milliarden Euro auf 10 Jahre) 200 Millionen Euro vorgezogen und im Jahr 2009 zusätzlich in Hochbaumaßnahmen investiert.

Finanzierung: Ende 2007 betrug die Haushaltssicherungs-, Kassenverstärkungs- und Bürgerschaftssicherungsrücklage 1,9 Milliarden Euro. Planmäßig werden in diesem Jahr 400 Millionen Euro zugeführt. Nach Informationen des Staatsministers der Finanzen kann im laufenden Jahr mit einem Steuerplus von rund einer halben Milliarde Euro gerechnet werden, das im Vollzug zur Freigabe von Haushaltssperren verwendet oder ebenfalls der Rücklage

zugeführt werden kann. Damit ist die Finanzierung des bayerischen Rettungsschirms für Arbeitsplätze gesichert.

Franz Maget	Dr. Thomas Beyer	Adelheid Rupp
Dr. Paul Wengert	Susann Biedefeld	Volkmar Halbleib
Annette Karl	Reinhold Perlak	Florian Ritter
Bernhard Roos	Dr. Simone Strohmayr	

Begründung:

Deutschland befindet sich in einer Rezession, das Bruttoinlandsprodukt schrumpft. Dadurch wird die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, die zu einer deutlichen Abnahme der Zahl der registrierten Arbeitslosen und zu einem Anstieg der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten geführt hat, beendet. Es droht akut ein erneuter Anstieg der Arbeitslosigkeit durch den konjunkturellen Einbruch, der durch saisonale Effekte noch verstärkt wird. Die Politik ist jetzt gefordert, kraftvoll und entschieden mit allen wirtschaftspolitischen Instrumenten gegenzusteuern.

Das wichtigste politische Ziel ist es, möglichst rasch – also schon im Jahr 2009 - auf einen ökonomischen Wachstumspfad zurückzukehren. Es ist daher notwendig, dass Bund, Länder und Kommunen im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles tun, um die Rezession so schnell wie möglich zu überwinden. Der Bund hat durch sein Konjunkturprogramm vorgelegt. Bayern sollte die Bundesinitiative sinnvoll ergänzen, eigene Schwerpunkte bilden und auch die Kommunen in die Lage versetzen, rasch und wirksam zusätzlich zu investieren.

Bis 2015 werden die Studierendenzahlen stark ansteigen. Mit dem doppelten Abiturientenjahrgang, der 2011 durch die Einführung des achtjährigen Gymnasiums die Studienreife erlangt, wird sich die Zahl der Studienanfänger schlagartig erhöhen. Auch die Umstellung auf Bachelor-Masterstudiengänge bedingt kleinere Kurse und neben einer intensiveren Betreuung der Studierenden und auch einen gestiegenen Raumbedarf.

Darüber hinaus hat der Bayerische Oberste Rechnungshof auf den Sanierungsbedarf bei den Hochschulen hingewiesen, so etwa in seinem Jahresbericht 2006, wo er explizit auf notwendige aufwendige Sanierungsmaßnahmen bei der Universität Regensburg hinweist.

An die
Frau Präsidentin
des Bayerischen Landtags
Maximilianeum

81627 München

hz
Telefon 089 4126 2350
Telefax 089 4126 1229
harald.zeidler
@bayernspd-landtag.de

München, 17.11.2008

Antrag

Bayerischer Rettungsschirm für Arbeitsplätze (III) Bau und Sanierung von Schulen: zusätzlich 50 Millionen Euro im Jahr 2009

Der Landtag wolle beschließen:

Es gilt in der aktuellen Finanz- und Konjunkturkrise: den Menschen helfen, nicht nur den Banken! Die massive Krise auf den Finanzmärkten erfordert weltweit milliardenschwere staatliche Hilfsprogramme. Inzwischen sind die Auswirkungen auch in der Realwirtschaft – beim Wirtschaftswachstum, in Unternehmen und auf dem Arbeitsmarkt – deutlich zu spüren. Die Bayerische Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, ergänzend zum Konjunkturprogramm der Bundesregierung auch in Bayern umfassende und kraftvolle Initiativen zu ergreifen, um der Rezession entgegenzuwirken, den Abschwung abzukürzen und damit eine Brücke bis zum nächsten ökonomischen Aufschwung zu bauen. Dafür soll es im Jahr 2009 ein Sonderprogramm für Wachstum und Beschäftigung geben.

Für den Ausbau von Ganztagschulen und ein Sonderinvestitionsprogramm Schulhaussanierung werden daher 50 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt.

Finanzierung: Ende 2007 betrug die Haushaltssicherungs-, Kassenverstärkungs- und Bürgerschaftssicherungsrücklage 1,9 Milliarden Euro. Planmäßig werden in diesem Jahr 400 Millionen Euro zugeführt. Nach Informationen des Staatsministers der Finanzen kann im laufenden Jahr mit einem Steuerplus von rund einer halben Milliarde Euro gerechnet werden, das im Vollzug zur Freigabe von Haushaltssperren verwendet oder ebenfalls der Rücklage

zugeführt werden kann. Damit ist die Finanzierung des bayerischen Rettungsschirms für Arbeitsplätze gesichert.

Franz Maget	Dr. Thomas Beyer	Adelheid Rupp
Dr. Paul Wengert	Susann Biedefeld	Volkmar Halbleib
Annette Karl	Reinhold Perlak	Florian Ritter
Bernhard Roos	Dr. Simone Strohmayr	

Begründung:

Deutschland befindet sich in einer Rezession, das Bruttoinlandsprodukt schrumpft. Dadurch wird die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, die zu einer deutlichen Abnahme der Zahl der registrierten Arbeitslosen und zu einem Anstieg der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten geführt hat, beendet. Es droht akut ein erneuter Anstieg der Arbeitslosigkeit durch den konjunkturellen Einbruch, der durch saisonale Effekte noch verstärkt wird. Die Politik ist jetzt gefordert, kraftvoll und entschieden mit allen wirtschaftspolitischen Instrumenten gegenzusteuern.

Das wichtigste politische Ziel ist es, möglichst rasch – also schon im Jahr 2009 - auf einen ökonomischen Wachstumspfad zurückzukehren. Es ist daher notwendig, dass Bund, Länder und Kommunen im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles tun, um die Rezession so schnell wie möglich zu überwinden. Der Bund hat durch sein Konjunkturprogramm vorgelegt. Bayern sollte die Bundesinitiative sinnvoll ergänzen, eigene Schwerpunkte bilden und auch die Kommunen in die Lage versetzen, rasch und wirksam zusätzlich zu investieren.

Die Mittel für das Sonderprogramm der Bundesregierung zum Ausbau der Ganztagschulen (IZBB) sind für Bayern erschöpft, der Bedarf aber immer noch vorhanden. Nachdem Bayern sehr viel Geld aus den IZBB-Mitteln für den Ausbau des G8 verwendet hat, bleiben jetzt die anderen Schularten auf der Strecke. Der Freistaat hat gegenüber diesen Schulen eine besondere Verantwortung. Der weitere Ausbau von Ganztagschulen und –angeboten muss endlich auch in Bayern erfolgen.

Der Zustand vieler Schulhäuser in Bayern lässt sehr zu wünschen übrig. Die Kommunen sind mit der Sanierung finanziell überfordert, daher des Sonderinvestitionsprogramm zur Schulhaussanierung. Notwendig ist vor allem ein positives, altersgerechtes Lernumfeld, das zum Lernerfolg beiträgt.

An die
Frau Präsidentin
des Bayerischen Landtags
Maximilianeum

81627 München

hz
Telefon 089 4126 2350
Telefax 089 4126 1229
harald.zeidler
@bayernspd-landtag.de

München, 17.11.2008

Antrag

Bayerischer Rettungsschirm für Arbeitsplätze (IV) Unterhalt und Bau von Staatsstraßen: zusätzlich 50 Millionen Euro im Jahr 2009

Der Landtag wolle beschließen:

Es gilt in der aktuellen Finanz- und Konjunkturkrise: den Menschen helfen, nicht nur den Banken! Die massive Krise auf den Finanzmärkten erfordert weltweit milliardenschwere staatliche Hilfsprogramme. Inzwischen sind die Auswirkungen auch in der Realwirtschaft - beim Wirtschaftswachstum, in Unternehmen und auf dem Arbeitsmarkt – deutlich zu spüren. Die Bayerische Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, ergänzend zum Konjunkturprogramm der Bundesregierung auch in Bayern umfassende und kraftvolle Initiativen zu ergreifen, um der Rezession entgegenzuwirken, den Abschwung abzukürzen und damit eine Brücke bis zum nächsten ökonomischen Aufschwung zu bauen. Dafür soll es im Jahr 2009 ein Sonderprogramm für Wachstum und Beschäftigung geben.

Daher werden für Unterhalt und Ausbau der Staatsstraßen 50 Millionen Euro zusätzlich bereitgestellt.

Finanzierung: Ende 2007 betrug die Haushaltssicherungs-, Kassenverstärkungs- und Bürgschaftssicherungsrücklage 1,9 Milliarden Euro. Planmäßig werden in diesem Jahr 400 Millionen Euro zugeführt. Nach Informationen des Staatsministers der Finanzen kann im laufenden Jahr mit einem Steuerplus von rund einer halben Milliarde Euro gerechnet werden, das im Vollzug zur Freigabe von Haushaltssperren verwendet oder ebenfalls der Rücklage

zugeführt werden kann. Damit ist die Finanzierung des bayerischen Rettungsschirms für Arbeitsplätze gesichert.

Franz Maget	Dr. Thomas Beyer	Adelheid Rupp
Dr. Paul Wengert	Susann Biedefeld	Volkmar Halbleib
Annette Karl	Reinhold Perlak	Florian Ritter
Bernhard Roos	Dr. Simone Strohmayr	

Begründung:

Deutschland befindet sich in einer Rezession, das Bruttoinlandsprodukt schrumpft. Dadurch wird die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, die zu einer deutlichen Abnahme der Zahl der registrierten Arbeitslosen und zu einem Anstieg der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten geführt hat, beendet. Es droht akut ein erneuter Anstieg der Arbeitslosigkeit durch den konjunkturellen Einbruch, der durch saisonale Effekte noch verstärkt wird. Die Politik ist jetzt gefordert, kraftvoll und entschieden mit allen wirtschaftspolitischen Instrumenten gegenzusteuern.

Das wichtigste politische Ziel ist es, möglichst rasch – also schon im Jahr 2009 - auf einen ökonomischen Wachstumspfad zurückzukehren. Es ist daher notwendig, dass Bund, Länder und Kommunen im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles tun, um die Rezession so schnell wie möglich zu überwinden. Der Bund hat durch sein Konjunkturprogramm vorgelegt. Bayern sollte die Bundesinitiative sinnvoll ergänzen, eigene Schwerpunkte bilden und auch die Kommunen in die Lage versetzen, rasch und wirksam zusätzlich zu investieren.

Für die Gewährleistung der Mobilität im Flächenland Bayern ist die Funktionsfähigkeit eines leistungsfähigen Staatsstraßennetzes unverzichtbar. Der Zustand weiter Strecken des Staatsstraßennetzes in Bayern beweist augenfällig, dass erforderliche Aufwendungen für gebotene Um- und Ausbaumaßnahmen, sowie die Bestandserhaltung in der Vergangenheit in erheblichem Maße unterlassen wurden.

Die Vernachlässigung des Staatsstraßennetzes in Bayern wird seit langem durch den Obersten Rechnungshof kritisiert. Die Aufstockung der Mittel ist im verkehrlichen Interesse aber auch im Interesse der Wahrung der Vermögensinteressen des Freistaats Bayern zwingend geboten.

An die
Frau Präsidentin
des Bayerischen Landtags
Maximilianeum
81627 München

hz
Telefon 089 4126 2350
Telefax 089 4126 1229
harald.zeidler
@bayernspd-landtag.de

München, 17.11.2008

Antrag

Bayerischer Rettungsschirm für Arbeitsplätze (V) Wohnungsbau: zusätzlich 50 Millionen Euro im Jahr 2009

Der Landtag wolle beschließen:

Es gilt in der aktuellen Finanz- und Konjunkturkrise: den Menschen helfen, nicht nur den Banken! Die massive Krise auf den Finanzmärkten erfordert weltweit milliardenschwere staatliche Hilfsprogramme. Inzwischen sind die Auswirkungen auch in der Realwirtschaft - beim Wirtschaftswachstum, in Unternehmen und auf dem Arbeitsmarkt – deutlich zu spüren. Die Bayerische Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, ergänzend zum Konjunkturprogramm der Bundesregierung auch in Bayern umfassende und kraftvolle Initiativen zu ergreifen, um der Rezession entgegenzuwirken, den Abschwung abzukürzen und damit eine Brücke bis zum nächsten ökonomischen Aufschwung zu bauen. Dafür soll es im Jahr 2009 ein Sonderprogramm für Wachstum und Beschäftigung geben.

Für die Sanierung des Altbaubestandes und den Neubau von Mietwohnungen in Bayern werden zusätzlich 50 Millionen Euro bereitgestellt.

Finanzierung: Ende 2007 betrug die Haushaltssicherungs-, Kassenverstärkungs- und Bürgschaftssicherungsrücklage 1,9 Milliarden Euro. Planmäßig werden in diesem Jahr 400 Millionen Euro zugeführt. Nach Informationen des Staatsministers der Finanzen kann im laufenden Jahr mit einem Steuerplus von rund einer halben Milliarde Euro gerechnet werden, das im Vollzug zur Freigabe von Haushaltssperren verwendet oder ebenfalls der Rücklage zugeführt werden kann. Damit ist die Finanzierung des bayerischen Rettungsschirms für Arbeitsplätze gesichert.

Franz Maget	Dr. Thomas Beyer	Adelheid Rupp
Dr. Paul Wengert	Susann Biedefeld	Volkmar Halbleib
Annette Karl	Reinhold Perlak	Florian Ritter
Bernhard Roos	Dr. Simone Strohmayer	

Begründung:

Deutschland befindet sich in einer Rezession, das Bruttoinlandsprodukt schrumpft. Dadurch wird die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, die zu einer deutlichen Abnahme der Zahl der registrierten Arbeitslosen und zu einem Anstieg der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten geführt hat, beendet. Es droht akut ein erneuter Anstieg der Arbeitslosigkeit durch den konjunkturellen Einbruch, der durch saisonale Effekte noch verstärkt wird. Die Politik ist jetzt gefordert, kraftvoll und entschieden mit allen wirtschaftspolitischen Instrumenten gegenzusteuern.

Das wichtigste politische Ziel ist es, möglichst rasch – also schon im Jahr 2009 - auf einen ökonomischen Wachstumspfad zurückzukehren. Es ist daher notwendig, dass Bund, Länder und Kommunen im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles tun, um die Rezession so schnell wie möglich zu überwinden. Der Bund hat durch sein Konjunkturprogramm vorgelegt. Bayern sollte die Bundesinitiative sinnvoll ergänzen, eigene Schwerpunkte bilden und auch die Kommunen in die Lage versetzen, rasch und wirksam zusätzlich zu investieren.

Der Wohnungsbau in Deutschland und Bayern ist stark rückläufig. Der Rückgang von Neubauzahlen ist vor allem auf einen Einbruch beim Mietwohnungsbau zurückzuführen, der in Bayern nur noch ein Fünftel des Niveaus von 1994 beträgt. Durch gezielte Förderung, insbesondere in Ballungsgebieten, ist der Wohnungsbau anzukurbeln. Allein in Bayern wären jährlich 60 000 neue Wohnungen nötig. Mit den Mitteln soll vor allem der Bedarf an preiswerten Mietwohnungen gefördert werden. Zum anderen sind damit Anpassungsmaßnahmen im Altbaubestand an die veränderten Wohnbedürfnisse und die energetische Sanierung zu fördern.

An die
Frau Präsidentin
des Bayerischen Landtags
Maximilianeum

81627 München

hz
Telefon 089 4126 2350
Telefax 089 4126 1229
harald.zeidler
@bayernspd-landtag.de

München, 17.11.2008

Antrag

Bayerischer Rettungsschirm für Arbeitsplätze (VI) Hochwasserschutz: zusätzlich 30 Millionen Euro im Jahr 2009

Der Landtag wolle beschließen:

Es gilt in der aktuellen Finanz- und Konjunkturkrise: den Menschen helfen, nicht nur den Banken! Die massive Krise auf den Finanzmärkten erfordert weltweit milliardenschwere staatliche Hilfsprogramme. Inzwischen sind die Auswirkungen auch in der Realwirtschaft - beim Wirtschaftswachstum, in Unternehmen und auf dem Arbeitsmarkt – deutlich zu spüren. Die Bayerische Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, ergänzend zum Konjunkturprogramm der Bundesregierung auch in Bayern umfassende und kraftvolle Initiativen zu ergreifen, um der Rezession entgegenzuwirken, den Abschwung abzukürzen und damit eine Brücke bis zum nächsten ökonomischen Aufschwung zu bauen. Dafür soll es im Jahr 2009 ein Sonderprogramm für Wachstum und Beschäftigung geben.

Für die Anpassung des Hochwasserschutzprogramms im Klimaprogramm Bayern 2020 sind Mittel von insgesamt 50 Millionen Euro vorgesehen, 20 Millionen Euro davon im Jahr 2009. Die Mittel werden komplett vorgezogen und in voller Höhe bereits im Jahr 2009 investiert.

Finanzierung: Ende 2007 betrug die Haushaltssicherungs-, Kassenverstärkungs- und Bürgerschaftssicherungsrücklage 1,9 Milliarden Euro. Planmäßig werden in diesem Jahr 400 Millionen Euro zugeführt. Nach Informationen des Staatsministers der Finanzen kann im laufenden Jahr mit einem Steuerplus von rund einer halben Milliarde Euro gerechnet werden,

das im Vollzug zur Freigabe von Haushaltssperren verwendet oder ebenfalls der Rücklage zugeführt werden kann. Damit ist die Finanzierung des bayerischen Rettungsschirms für Arbeitsplätze gesichert.

Franz Maget	Dr. Thomas Beyer	Adelheid Rupp
Dr. Paul Wengert	Susann Biedefeld	Volkmar Halbleib
Annette Karl	Reinhold Perlak	Florian Ritter
Bernhard Roos	Dr. Simone Strohmayer	

Begründung:

Deutschland befindet sich in einer Rezession, das Bruttoinlandsprodukt schrumpft. Dadurch wird die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, die zu einer deutlichen Abnahme der Zahl der registrierten Arbeitslosen und zu einem Anstieg der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten geführt hat, beendet. Es droht akut ein erneuter Anstieg der Arbeitslosigkeit durch den konjunkturellen Einbruch, der durch saisonale Effekte noch verstärkt wird. Die Politik ist jetzt gefordert, kraftvoll und entschieden mit allen wirtschaftspolitischen Instrumenten gegenzusteuern.

Das wichtigste politische Ziel ist es, möglichst rasch – also schon im Jahr 2009 - auf einen ökonomischen Wachstumspfad zurückzukehren. Es ist daher notwendig, dass Bund, Länder und Kommunen im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles tun, um die Rezession so schnell wie möglich zu überwinden. Der Bund hat durch sein Konjunkturprogramm vorgelegt. Bayern sollte die Bundesinitiative sinnvoll ergänzen, eigene Schwerpunkte bilden und auch die Kommunen in die Lage versetzen, rasch und wirksam zusätzlich zu investieren.

Der Klimawandel führt zu immer häufigeren und extremeren Hochwasserereignissen. Allein die drei großen Hochwasser der Jahre 1999, 2002 und 2005 haben in Bayern einen Schaden von rund einer Milliarde Euro verursacht. Hochwasserschutz muss neu gedacht werden - ausgerichtet auf Flusseinzugsgebiete. Die Staatsregierung muss nicht nur ihren Handlungsansatz korrigieren; auch das finanzielle Engagement des Landes lässt sehr zu wünschen übrig. Die bisher eingestellten Mittel reichen bei weitem nicht aus, um die notwendigen Schutzmaßnahmen voranzubringen. Viele Kommunen sind auf teure Zwischenfinanzierungen angewiesen.

An die
Frau Präsidentin
des Bayerischen Landtags
Maximilianeum

81627 München

hz
Telefon 089 4126 2350
Telefax 089 4126 1229
harald.zeidler
@bayernspd-landtag.de

München, 17.11.2008

Antrag

**Bayerischer Rettungsschirm für Arbeitsplätze (VII)
Energetische Sanierung von staatlichen Gebäuden: zusätzlich 30 Millionen Euro im Jahr
2009**

Der Landtag wolle beschließen:

Es gilt in der aktuellen Finanz- und Konjunkturkrise: den Menschen helfen, nicht nur den Banken! Die massive Krise auf den Finanzmärkten erfordert weltweit milliardenschwere staatliche Hilfsprogramme. Inzwischen sind die Auswirkungen auch in der Realwirtschaft - beim Wirtschaftswachstum, in Unternehmen und auf dem Arbeitsmarkt - deutlich zu spüren. Die Bayerische Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, ergänzend zum Konjunkturprogramm der Bundesregierung auch in Bayern umfassende und kraftvolle Initiativen zu ergreifen, um der Rezession entgegenzuwirken, den Abschwung abzukürzen und damit eine Brücke bis zum nächsten ökonomischen Aufschwung zu bauen. Dafür soll es im Jahr 2009 ein Sonderprogramm für Wachstum und Beschäftigung geben.

Im Klimaprogramm Bayern 2020 sind bis zum Jahr 2011 insgesamt 150 Millionen Euro für die energetische Sanierung staatlicher Gebäude vorgesehen, 45 Millionen Euro in 2009. Zusätzlich werden 30 Millionen Euro vorgezogen.

Finanzierung: Ende 2007 betrug die Haushaltssicherungs-, Kassenverstärkungs- und Bürgerschaftssicherungsrücklage 1,9 Milliarden Euro. Planmäßig werden in diesem Jahr 400 Millionen Euro zugeführt. Nach Informationen des Staatsministers der Finanzen kann im laufenden Jahr mit einem Steuerplus von rund einer halben Milliarde Euro gerechnet werden,

das im Vollzug zur Freigabe von Haushaltssperren verwendet oder ebenfalls der Rücklage zugeführt werden kann. Damit ist die Finanzierung des bayerischen Rettungsschirms für Arbeitsplätze gesichert.

Franz Maget	Dr. Thomas Beyer	Adelheid Rupp
Dr. Paul Wengert	Susann Biedefeld	Volkmar Halbleib
Annette Karl	Reinhold Perlak	Florian Ritter
Bernhard Roos	Dr. Simone Strohmayer	

Begründung:

Deutschland befindet sich in einer Rezession, das Bruttoinlandsprodukt schrumpft. Dadurch wird die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, die zu einer deutlichen Abnahme der Zahl der registrierten Arbeitslosen und zu einem Anstieg der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten geführt hat, beendet. Es droht akut ein erneuter Anstieg der Arbeitslosigkeit durch den konjunkturellen Einbruch, der durch saisonale Effekte noch verstärkt wird. Die Politik ist jetzt gefordert, kraftvoll und entschieden mit allen wirtschaftspolitischen Instrumenten gegenzusteuern.

Das wichtigste politische Ziel ist es, möglichst rasch – also schon im Jahr 2009 - auf einen ökonomischen Wachstumspfad zurückzukehren. Es ist daher notwendig, dass Bund, Länder und Kommunen im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles tun, um die Rezession so schnell wie möglich zu überwinden. Der Bund hat durch sein Konjunkturprogramm vorgelegt. Bayern sollte die Bundesinitiative sinnvoll ergänzen, eigene Schwerpunkte bilden und auch die Kommunen in die Lage versetzen, rasch und wirksam zusätzlich zu investieren.

Der UN-Klimarat hat ausgerechnet, dass derzeit etwa 0,9 Prozent des Bruttoinlandsproduktes notwendig sind, um das Klima so weit zu schützen, dass massive Folgekosten vermieden werden können. Wird nichts unternommen, so werden die laufenden Folgekosten des ungebremsten Klimawandels sich auf rund 20 Prozent des Bruttoinlandsproduktes belaufen. Das heißt konkret: Jeder jetzt investierte Euro spart 20 Euro an Folgekosten.

Ein Schwerpunkt des Klimaprogramms muss bei der Wärmedämmung staatlicher Gebäude liegen. Dabei wirkt jeder Euro in diesem Bereich sofort, nachhaltig und vielfach – sowohl bei der Kostenersparnis wie auch beim Energieverbrauch und damit beim Klimaschutz wie auch auf dem Arbeitsmarkt und beim Handwerk. Zugleich können mit den ein-

gesparten Energiekosten bei vergleichsweise kurzen Amortisationszeiten neue Projekte in Angriff genommen werden.

An die
Frau Präsidentin
des Bayerischen Landtags
Maximilianeum
81627 München

hz
Telefon 089 4126 2350
Telefax 089 4126 1229
harald.zeidler
@bayernspd-landtag.de

München, 17.11.2008

Antrag

Bayerischer Rettungsschirm für Arbeitsplätze (XIII) Landesplan für Altenhilfe: zusätzlich 50 Millionen Euro im Jahr 2009

Der Landtag wolle beschließen:

Es gilt in der aktuellen Finanz- und Konjunkturkrise: den Menschen helfen, nicht nur den Banken! Die massive Krise auf den Finanzmärkten erfordert weltweit milliardenschwere staatliche Hilfsprogramme. Inzwischen sind die Auswirkungen auch in der Realwirtschaft - beim Wirtschaftswachstum, in Unternehmen und auf dem Arbeitsmarkt - deutlich zu spüren. Die Bayerische Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, ergänzend zum Konjunkturprogramm der Bundesregierung auch in Bayern umfassende und kraftvolle Initiativen zu ergreifen, um der Rezession entgegenzuwirken, den Abschwung abzukürzen und damit eine Brücke bis zum nächsten ökonomischen Aufschwung zu bauen. Dafür soll es im Jahr 2009 ein Sonderprogramm für Wachstum und Beschäftigung geben.

Im Jahr 2009 werden daher auch die Mittel im Rahmen des Landesplans für Altenhilfe um 50 Millionen Euro erhöht.

Finanzierung: Ende 2007 betrug die Haushaltssicherungs-, Kassenverstärkungs- und Bürgerschaftssicherungsrücklage 1,9 Milliarden Euro. Planmäßig werden in diesem Jahr 400 Millionen Euro zugeführt. Nach Informationen des Staatsministers der Finanzen kann im laufenden Jahr mit einem Steuerplus von rund einer halben Milliarde Euro gerechnet werden, das im Vollzug zur Freigabe von Haushaltssperren verwendet oder ebenfalls der Rücklage

zugeführt werden kann. Damit ist die Finanzierung des bayerischen Rettungsschirms für Arbeitsplätze gesichert.

Franz Maget	Dr. Thomas Beyer	Adelheid Rupp
Dr. Paul Wengert	Susann Biedefeld	Volkmar Halbleib
Annette Karl	Reinhold Perlak	Florian Ritter
Bernhard Roos	Dr. Simone Strohmayr	

Begründung:

Deutschland befindet sich in einer Rezession, das Bruttoinlandsprodukt schrumpft. Dadurch wird die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, die zu einer deutlichen Abnahme der Zahl der registrierten Arbeitslosen und zu einem Anstieg der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten geführt hat, beendet. Es droht akut ein erneuter Anstieg der Arbeitslosigkeit durch den konjunkturellen Einbruch, der durch saisonale Effekte noch verstärkt wird. Die Politik ist jetzt gefordert, kraftvoll und entschieden mit allen wirtschaftspolitischen Instrumenten gegenzusteuern.

Das wichtigste politische Ziel ist es, möglichst rasch – also schon im Jahr 2009 - auf einen ökonomischen Wachstumspfad zurückzukehren. Es ist daher notwendig, dass Bund, Länder und Kommunen im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles tun, um die Rezession so schnell wie möglich zu überwinden. Der Bund hat durch sein Konjunkturprogramm vorgelegt. Bayern sollte die Bundesinitiative sinnvoll ergänzen, eigene Schwerpunkte bilden und auch die Kommunen in die Lage versetzen, rasch und wirksam zusätzlich zu investieren.

Der Freistaat Bayern hat sich nicht nur komplett aus der Finanzierung von Neubauten der Altenhilfe sondern auch aus der Modernisierung und Sanierung der stationären Altenhilfe zurückgezogen. Diese Förderung muss wieder aufgenommen werden, angesichts der Herausforderungen der demographischen Entwicklung. Die Modernisierung und Sanierung von Altenhilfeeinrichtungen muss vordringlich gefördert werden, damit eine gute, qualitativ hochwertige Pflege weiterhin möglich bleibt. Außerdem sollen damit neue Wohnformen gefördert werden.

An die
Frau Präsidentin
des Bayerischen Landtags
Maximilianeum

81627 München

hz
Telefon 089 4126 2350
Telefax 089 4126 1229
harald.zeidler
@bayernspd-landtag.de

München, 17.11.2008

Antrag

Bayerischer Rettungsschirm für Arbeitsplätze (IX) Landesbehindertenplan: zusätzlich 30 Millionen Euro im Jahr 2009

Der Landtag wolle beschließen:

Es gilt in der aktuellen Finanz- und Konjunkturkrise: den Menschen helfen, nicht nur den Banken! Die massive Krise auf den Finanzmärkten erfordert weltweit milliardenschwere staatliche Hilfsprogramme. Inzwischen sind die Auswirkungen auch in der Realwirtschaft - beim Wirtschaftswachstum, in Unternehmen und auf dem Arbeitsmarkt – deutlich zu spüren. Die Bayerische Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, ergänzend zum Konjunkturprogramm der Bundesregierung auch in Bayern umfassende und kraftvolle Initiativen zu ergreifen, um der Rezession entgegenzuwirken, den Abschwung abzukürzen und damit eine Brücke bis zum nächsten ökonomischen Aufschwung zu bauen. Dafür soll es im Jahr 2009 ein Sonderprogramm für Wachstum und Beschäftigung geben.

Im Jahr 2009 werden daher auch die Mittel im Rahmen des Landesbehindertenplans um 30 Millionen Euro erhöht.

Finanzierung: Ende 2007 betrug die Haushaltssicherungs-, Kassenverstärkungs- und Bürgschaftssicherungsrücklage 1,9 Milliarden Euro. Planmäßig werden in diesem Jahr 400 Millionen Euro zugeführt. Nach Informationen des Staatsministers der Finanzen kann im laufenden Jahr mit einem Steuerplus von rund einer halben Milliarde Euro gerechnet werden, das im Vollzug zur Freigabe von Haushaltssperren verwendet oder ebenfalls der Rücklage

zugeführt werden kann. Damit ist die Finanzierung des bayerischen Rettungsschirms für Arbeitsplätze gesichert.

Franz Maget	Dr. Thomas Beyer	Adelheid Rupp
Dr. Paul Wengert	Susann Biedefeld	Volkmar Halbleib
Annette Karl	Reinhold Perlak	Florian Ritter
Bernhard Roos	Dr. Simone Strohmayr	

Begründung:

Deutschland befindet sich in einer Rezession, das Bruttoinlandsprodukt schrumpft. Dadurch wird die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, die zu einer deutlichen Abnahme der Zahl der registrierten Arbeitslosen und zu einem Anstieg der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten geführt hat, beendet. Es droht akut ein erneuter Anstieg der Arbeitslosigkeit durch den konjunkturellen Einbruch, der durch saisonale Effekte noch verstärkt wird. Die Politik ist jetzt gefordert, kraftvoll und entschieden mit allen wirtschaftspolitischen Instrumenten gegenzusteuern.

Das wichtigste politische Ziel ist es, möglichst rasch – also schon im Jahr 2009 - auf einen ökonomischen Wachstumspfad zurückzukehren. Es ist daher notwendig, dass Bund, Länder und Kommunen im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles tun, um die Rezession so schnell wie möglich zu überwinden. Der Bund hat durch sein Konjunkturprogramm vorgelegt. Bayern sollte die Bundesinitiative sinnvoll ergänzen, eigene Schwerpunkte bilden und auch die Kommunen in die Lage versetzen, rasch und wirksam zusätzlich zu investieren.

Die Mittel im Landesbehindertenplan sind überproportional im Nachtragshaushalt 2004 gekürzt und in den Folgehaushalten auf niedrigem Niveau weitergeführt worden. Die Investitionskostenförderung für das Jahr 2004 wurde eingestellt, es besteht - neben den jetzt jährlich zusätzlichen 4 Mio. Euro zum Abbau aufgelaufenen Abfinanzierungsbedarfs (Investitionsförderung) - Finanzbedarf für den Ausbau von Wohneinrichtungen für ältere Menschen mit Behinderung. Der Ausbau von ambulanten, teilstationären und stationären Wohn- und Betreuungsformen ist notwendig.

Daneben müssen die Selbsthilfestrukturen für behinderte Menschen und chronisch Kranke in ihrem Bestand erhalten, die Betreuungs- und Beratungsdienste der offenen Behindertenarbeit zusätzlich gefördert werden. Zur Verbesserung der beruflichen Integration von

Menschen mit Behinderung ist eine bedarfsgerechte Finanzierung der Integrationsfachdienste zu sichern. Die Landesmittel müssen das Fortbestehen der Frühförderung gewährleisten.

An die
Frau Präsidentin
des Bayerischen Landtags
Maximilianeum

81627 München

hz
Telefon 089 4126 2350
Telefax 089 4126 1229
harald.zeidler
@bayernspd-landtag.de

München, 17.11.2008

Antrag

**Bayerischer Rettungsschirm für Arbeitsplätze (X)
Mittel aus der Kfz-Steuer für die kommunale Infrastruktur: zusätzlich 100 Millionen Euro
im Jahr 2009**

Der Landtag wolle beschließen:

Es gilt in der aktuellen Finanz- und Konjunkturkrise: den Menschen helfen, nicht nur den Banken! Die massive Krise auf den Finanzmärkten erfordert weltweit milliardenschwere staatliche Hilfsprogramme. Inzwischen sind die Auswirkungen auch in der Realwirtschaft – beim Wirtschaftswachstum, in Unternehmen und auf dem Arbeitsmarkt – deutlich zu spüren. Die Bayerische Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, ergänzend zum Konjunkturprogramm der Bundesregierung auch in Bayern umfassende und kraftvolle Initiativen zu ergreifen, um der Rezession entgegenzuwirken, den Abschwung abzukürzen und damit eine Brücke bis zum nächsten ökonomischen Aufschwung zu bauen. Dafür soll es im Jahr 2009 ein Sonderprogramm für Wachstum und Beschäftigung geben.

Zur Stärkung der Investitionsfördermaßnahmen (kommunaler Straßenbau, Wasserversorgung, Abwasserentsorgung) im kommunalen Finanzausgleich wird der Anteil der Kommunen an der Kfz-Steuer um 100 Millionen Euro erhöht.

Finanzierung: Ende 2007 betrug die Haushaltssicherungs-, Kassenverstärkungs- und Bürgerschaftssicherungsrücklage 1,9 Milliarden Euro. Planmäßig werden in diesem Jahr 400 Millionen Euro zugeführt. Nach Informationen des Staatsministers der Finanzen kann im laufenden Jahr mit einem Steuerplus von rund einer halben Milliarde Euro gerechnet werden,

das im Vollzug zur Freigabe von Haushaltssperren verwendet oder ebenfalls der Rücklage zugeführt werden kann. Damit ist die Finanzierung des bayerischen Rettungsschirms für Arbeitsplätze gesichert.

Franz Maget	Dr. Thomas Beyer	Adelheid Rupp
Dr. Paul Wengert	Susann Biedefeld	Volkmar Halbleib
Annette Karl	Reinhold Perlak	Florian Ritter
Bernhard Roos	Dr. Simone Strohmayer	

Begründung:

Deutschland befindet sich in einer Rezession, das Bruttoinlandsprodukt schrumpft. Dadurch wird die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, die zu einer deutlichen Abnahme der Zahl der registrierten Arbeitslosen und zu einem Anstieg der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten geführt hat, beendet. Es droht akut ein erneuter Anstieg der Arbeitslosigkeit durch den konjunkturellen Einbruch, der durch saisonale Effekte noch verstärkt wird. Die Politik ist jetzt gefordert, kraftvoll und entschieden mit allen wirtschaftspolitischen Instrumenten gegenzusteuern.

Das wichtigste politische Ziel ist es, möglichst rasch – also schon im Jahr 2009 - auf einen ökonomischen Wachstumspfad zurückzukehren. Es ist daher notwendig, dass Bund, Länder und Kommunen im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles tun, um die Rezession so schnell wie möglich zu überwinden. Der Bund hat durch sein Konjunkturprogramm vorgelegt. Bayern sollte die Bundesinitiative sinnvoll ergänzen, eigene Schwerpunkte bilden und auch die Kommunen in die Lage versetzen, rasch und wirksam zusätzlich zu investieren.

Betrag der kommunale Anteil an der Kfz-Steuer im Jahr 2002 immerhin 65 Prozent und im Jahr 2003 noch 63 Prozent, wurde er im Jahr 2004 auf 42,83 Prozent zusammengestrichen. Mit dem FAG 2008 wurde er zumindest wieder auf 50 Prozent erhöht. Absolut erreicht er mit 761 Millionen Euro aber immer noch nicht die Höhe vor den Kürzungen (z.B. 815 Millionen Euro im Jahr 2003). Aus dem Kfz-Steuerverbund werden z.B. der kommunale Straßenbau, Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen finanziert.

An die
Frau Präsidentin
des Bayerischen Landtags
Maximilianeum

81627 München

hz
Telefon 089 4126 2350
Telefax 089 4126 1229
harald.zeidler
@bayernspd-landtag.de

München, 17.11.2008

Antrag

Bayerischer Rettungsschirm für Arbeitsplätze (XI) Sanierung kommunaler Bäder: zusätzlich 50 Millionen Euro im Jahr 2009

Der Landtag wolle beschließen:

Es gilt in der aktuellen Finanz- und Konjunkturkrise: den Menschen helfen, nicht nur den Banken! Die massive Krise auf den Finanzmärkten erfordert weltweit milliardenschwere staatliche Hilfsprogramme. Inzwischen sind die Auswirkungen auch in der Realwirtschaft - beim Wirtschaftswachstum, in Unternehmen und auf dem Arbeitsmarkt - deutlich zu spüren. Die Bayerische Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, ergänzend zum Konjunkturprogramm der Bundesregierung auch in Bayern umfassende und kraftvolle Initiativen zu ergreifen, um der Rezession entgegenzuwirken, den Abschwung abzukürzen und damit eine Brücke bis zum nächsten ökonomischen Aufschwung zu bauen. Dafür soll es im Jahr 2009 ein Sonderprogramm für Wachstum und Beschäftigung geben.

Der Staat bezuschusst daher im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs die Sanierung kommunaler Bäder mit 50 Millionen Euro. Das FAG wird entsprechend geändert und der Fördertatbestand dort aufgenommen.

Finanzierung: Ende 2007 betrug die Haushaltssicherungs-, Kassenverstärkungs- und Bürgschaftssicherungsrücklage 1,9 Milliarden Euro. Planmäßig werden in diesem Jahr 400 Millionen Euro zugeführt. Nach Informationen des Staatsministers der Finanzen kann im laufenden Jahr mit einem Steuerplus von rund einer halben Milliarde Euro gerechnet werden, das im Vollzug zur Freigabe von Haushaltssperren verwendet oder ebenfalls der Rücklage

zugeführt werden kann. Damit ist die Finanzierung des bayerischen Rettungsschirms für Arbeitsplätze gesichert.

Franz Maget	Dr. Thomas Beyer	Adelheid Rupp
Dr. Paul Wengert	Susann Biedefeld	Volkmar Halbleib
Annette Karl	Reinhold Perlak	Florian Ritter
Bernhard Roos	Dr. Simone Strohmayr	

Begründung:

Deutschland befindet sich in einer Rezession, das Bruttoinlandsprodukt schrumpft. Dadurch wird die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, die zu einer deutlichen Abnahme der Zahl der registrierten Arbeitslosen und zu einem Anstieg der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten geführt hat, beendet. Es droht akut ein erneuter Anstieg der Arbeitslosigkeit durch den konjunkturellen Einbruch, der durch saisonale Effekte noch verstärkt wird. Die Politik ist jetzt gefordert, kraftvoll und entschieden mit allen wirtschaftspolitischen Instrumenten gegenzusteuern.

Das wichtigste politische Ziel ist es, möglichst rasch – also schon im Jahr 2009 - auf einen ökonomischen Wachstumspfad zurückzukehren. Es ist daher notwendig, dass Bund, Länder und Kommunen im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles tun, um die Rezession so schnell wie möglich zu überwinden. Der Bund hat durch sein Konjunkturprogramm vorgelegt. Bayern sollte die Bundesinitiative sinnvoll ergänzen, eigene Schwerpunkte bilden und auch die Kommunen in die Lage versetzen, rasch und wirksam zusätzlich zu investieren.

In Bayern wurden in den letzten zehn Jahren ca. 100 Bäder geschlossen (48 Hallenbäder, 14 Freibäder, 33 Schulschwimmbäder). 24 Bäder wurden in so genannte Spaßbäder umgewandelt. Die Schließung weiterer 7 Bäder steht bevor. Das Bädersterben geht munter weiter.

Tatsache ist, dass die Kommunen bei der Sanierung der Bäder finanziell völlig überfordert sind. Bis vor 10 Jahren gab es im Rahmen des Art. 10 FAG für die Errichtung und Sanierung kommunaler Breitensportanlagen (hierzu zählen auch die Bäder) je nach Finanzkraft der Kommune zwischen 30 und 60 Prozent staatliche Zuschüsse. Der Großteil der Bäder wurde in den sechziger und siebziger Jahren gebaut und ist nunmehr dringend sanierungsbedürftig.

tig. Da die Kommunen jedoch ohne staatliche Zuschüsse finanziell nicht in der Lage sind, diese meist kostenintensiven Maßnahmen durchzuführen, werden die Bäder geschlossen.

An die
Frau Präsidentin
des Bayerischen Landtags
Maximilianeum
81627 München

hz
Telefon 089 4126 2350
Telefax 089 4126 1229
harald.zeidler
@bayernspd-landtag.de

München, 17.11.2008

Antrag

**Bayerischer Rettungsschirm für Arbeitsplätze (XII)
Krankenhausfinanzierung: zusätzlich 100 Millionen Euro im Jahr 2009**

Der Landtag wolle beschließen:

Es gilt in der aktuellen Finanz- und Konjunkturkrise: den Menschen helfen, nicht nur den Banken! Die massive Krise auf den Finanzmärkten erfordert weltweit milliardenschwere staatliche Hilfsprogramme. Inzwischen sind die Auswirkungen auch in der Realwirtschaft - beim Wirtschaftswachstum, in Unternehmen und auf dem Arbeitsmarkt - deutlich zu spüren. Die Bayerische Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, ergänzend zum Konjunkturprogramm der Bundesregierung auch in Bayern umfassende und kraftvolle Initiativen zu ergreifen, um der Rezession entgegenzuwirken, den Abschwung abzukürzen und damit eine Brücke bis zum nächsten ökonomischen Aufschwung zu bauen. Dafür soll es im Jahr 2009 ein Sonderprogramm für Wachstum und Beschäftigung geben.

Für die Krankenhausfinanzierung werden deshalb 100 Millionen Euro zusätzlich bereitgestellt.

Finanzierung: Ende 2007 betrug die Haushaltssicherungs-, Kassenverstärkungs- und Bürgschaftssicherungsrücklage 1,9 Milliarden Euro. Planmäßig werden in diesem Jahr 400 Millionen Euro zugeführt. Nach Informationen des Staatsministers der Finanzen kann im laufenden Jahr mit einem Steuerplus von rund einer halben Milliarde Euro gerechnet werden, das im Vollzug zur Freigabe von Haushaltssperren verwendet oder ebenfalls der Rücklage

zugeführt werden kann. Damit ist die Finanzierung des bayerischen Rettungsschirms für Arbeitsplätze gesichert.

Franz Maget	Dr. Thomas Beyer	Adelheid Rupp
Dr. Paul Wengert	Susann Biedefeld	Volkmar Halbleib
Annette Karl	Reinhold Perlak	Florian Ritter
Bernhard Roos	Dr. Simone Strohmayr	

Begründung:

Deutschland befindet sich in einer Rezession, das Bruttoinlandsprodukt schrumpft. Dadurch wird die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, die zu einer deutlichen Abnahme der Zahl der registrierten Arbeitslosen und zu einem Anstieg der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten geführt hat, beendet. Es droht akut ein erneuter Anstieg der Arbeitslosigkeit durch den konjunkturellen Einbruch, der durch saisonale Effekte noch verstärkt wird. Die Politik ist jetzt gefordert, kraftvoll und entschieden mit allen wirtschaftspolitischen Instrumenten gegenzusteuern.

Das wichtigste politische Ziel ist es, möglichst rasch – also schon im Jahr 2009 - auf einen ökonomischen Wachstumspfad zurückzukehren. Es ist daher notwendig, dass Bund, Länder und Kommunen im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles tun, um die Rezession so schnell wie möglich zu überwinden. Der Bund hat durch sein Konjunkturprogramm vorgelegt. Bayern sollte die Bundesinitiative sinnvoll ergänzen, eigene Schwerpunkte bilden und auch die Kommunen in die Lage versetzen, rasch und wirksam zusätzlich zu investieren.

Nur durch eine weitgehend kontinuierliche Finanzierung der Krankenhausmodernisierung ist sichergestellt, dass ein bedarfsgerechtes und modernes Krankenhauswesen in Bayern erhalten bleibt. Die Mittel dienen der Förderung für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, der Wiederbeschaffung mittelfristiger Anlagegüter und des Ergänzungsbedarfs und als Zuschüsse an kommunale Krankenhäuser.

An die
Frau Präsidentin
des Bayerischen Landtags
Maximilianeum
81627 München

hz
Telefon 089 4126 2350
Telefax 089 4126 1229
harald.zeidler
@bayernspd-landtag.de

München, 17.11.2008

Antrag

Bayerischer Rettungsschirm für Arbeitsplätze (XIII) Dorferneuerung und Städtebauförderung: zusätzlich 40 Millionen Euro im Jahr 2009

Der Landtag wolle beschließen:

Es gilt in der aktuellen Finanz- und Konjunkturkrise: den Menschen helfen, nicht nur den Banken! Die massive Krise auf den Finanzmärkten erfordert weltweit milliardenschwere staatliche Hilfsprogramme. Inzwischen sind die Auswirkungen auch in der Realwirtschaft - beim Wirtschaftswachstum, in Unternehmen und auf dem Arbeitsmarkt - deutlich zu spüren. Die Bayerische Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, ergänzend zum Konjunkturprogramm der Bundesregierung auch in Bayern umfassende und kraftvolle Initiativen zu ergreifen, um der Rezession entgegenzuwirken, den Abschwung abzukürzen und damit eine Brücke bis zum nächsten ökonomischen Aufschwung zu bauen. Dafür soll es im Jahr 2009 ein Sonderprogramm für Wachstum und Beschäftigung geben.

Für die Dorferneuerung und die Städtebauförderung werden Mittel in Höhe von 40 Millionen Euro bereitgestellt.

Finanzierung: Ende 2007 betrug die Haushaltssicherungs-, Kassenverstärkungs- und Bürgschaftssicherungsrücklage 1,9 Milliarden Euro. Planmäßig werden in diesem Jahr 400 Millionen Euro zugeführt. Nach Informationen des Staatsministers der Finanzen kann im laufenden Jahr mit einem Steuerplus von rund einer halben Milliarde Euro gerechnet werden, das im Vollzug zur Freigabe von Haushaltssperren verwendet oder ebenfalls der Rücklage

zugeführt werden kann. Damit ist die Finanzierung des bayerischen Rettungsschirms für Arbeitsplätze gesichert.

Franz Maget	Dr. Thomas Beyer	Adelheid Rupp
Dr. Paul Wengert	Susann Biedefeld	Volkmar Halbleib
Annette Karl	Reinhold Perlak	Florian Ritter
Bernhard Roos	Dr. Simone Strohmayr	

Begründung:

Deutschland befindet sich in einer Rezession, das Bruttoinlandsprodukt schrumpft. Dadurch wird die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, die zu einer deutlichen Abnahme der Zahl der registrierten Arbeitslosen und zu einem Anstieg der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten geführt hat, beendet. Es droht akut ein erneuter Anstieg der Arbeitslosigkeit durch den konjunkturellen Einbruch, der durch saisonale Effekte noch verstärkt wird. Die Politik ist jetzt gefordert, kraftvoll und entschieden mit allen wirtschaftspolitischen Instrumenten gegenzusteuern.

Das wichtigste politische Ziel ist es, möglichst rasch – also schon im Jahr 2009 - auf einen ökonomischen Wachstumspfad zurückzukehren. Es ist daher notwendig, dass Bund, Länder und Kommunen im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles tun, um die Rezession so schnell wie möglich zu überwinden. Der Bund hat durch sein Konjunkturprogramm vorgelegt. Bayern sollte die Bundesinitiative sinnvoll ergänzen, eigene Schwerpunkte bilden und auch die Kommunen in die Lage versetzen, rasch und wirksam zusätzlich zu investieren.

Dorferneuerung: Die Mittel sollen den Antragstau reduzieren. Für die Entwicklung des ländlichen Raumes sind sie vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung und der teilweise schwierigen Altortsubstanz unabdingbar notwendig.

Städtebauförderung: Auch hier muss der Antragstau reduziert werden. Die Städtebauförderung ist das wesentliche Instrument für die Innenstadtentwicklung und sorgt für eine attraktive Wohn- und Arbeitswelt und stärkt den Einzelhandel.

An die
Frau Präsidentin
des Bayerischen Landtags
Maximilianeum

81627 München

hz
Telefon 089 4126 2350
Telefax 089 4126 1229
harald.zeidler
@bayernspd-landtag.de

München, 17.11.2008

Antrag

Bayerischer Rettungsschirm für Arbeitsplätze (XIV) Mittelstandskreditprogramm: zusätzlich 20 Millionen Euro im Jahr 2009

Der Landtag wolle beschließen:

Es gilt in der aktuellen Finanz- und Konjunkturkrise: den Menschen helfen, nicht nur den Banken! Die massive Krise auf den Finanzmärkten erfordert weltweit milliardenschwere staatliche Hilfsprogramme. Inzwischen sind die Auswirkungen auch in der Realwirtschaft - beim Wirtschaftswachstum, in Unternehmen und auf dem Arbeitsmarkt - deutlich zu spüren. Die Bayerische Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, ergänzend zum Konjunkturprogramm der Bundesregierung auch in Bayern umfassende und kraftvolle Initiativen zu ergreifen, um der Rezession entgegenzuwirken, den Abschwung abzukürzen und damit eine Brücke bis zum nächsten ökonomischen Aufschwung zu bauen. Dafür soll es im Jahr 2009 ein Sonderprogramm für Wachstum und Beschäftigung geben.

Der staatliche Zuschuss an die LfA Förderbank Bayern für zinsverbilligte Kredite im Rahmen des Bayerischen Mittelstandskreditprogramms wird insbesondere mit Blick auf die ganz aktuellen Schwierigkeiten der Zulieferer der Automobilindustrie um 20 Millionen Euro erhöht.

Finanzierung: Ende 2007 betrug die Haushaltssicherungs-, Kassenverstärkungs- und Bürgschaftssicherungsrücklage 1,9 Milliarden Euro. Planmäßig werden in diesem Jahr 400 Millionen Euro zugeführt. Nach Informationen des Staatsministers der Finanzen kann im laufenden Jahr mit einem Steuerplus von rund einer halben Milliarde Euro gerechnet werden,

das im Vollzug zur Freigabe von Haushaltssperren verwendet oder ebenfalls der Rücklage zugeführt werden kann. Damit ist die Finanzierung des bayerischen Rettungsschirms für Arbeitsplätze gesichert.

Franz Maget	Dr. Thomas Beyer	Adelheid Rupp
Dr. Paul Wengert	Susann Biedefeld	Volkmar Halbleib
Annette Karl	Reinhold Perlak	Florian Ritter
Bernhard Roos	Dr. Simone Strohmayer	

Begründung:

Deutschland befindet sich in einer Rezession, das Bruttoinlandsprodukt schrumpft. Dadurch wird die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, die zu einer deutlichen Abnahme der Zahl der registrierten Arbeitslosen und zu einem Anstieg der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten geführt hat, beendet. Es droht akut ein erneuter Anstieg der Arbeitslosigkeit durch den konjunkturellen Einbruch, der durch saisonale Effekte noch verstärkt wird. Die Politik ist jetzt gefordert, kraftvoll und entschieden mit allen wirtschaftspolitischen Instrumenten gegenzusteuern.

Das wichtigste politische Ziel ist es, möglichst rasch – also schon im Jahr 2009 - auf einen ökonomischen Wachstumspfad zurückzukehren. Es ist daher notwendig, dass Bund, Länder und Kommunen im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles tun, um die Rezession so schnell wie möglich zu überwinden. Der Bund hat durch sein Konjunkturprogramm vorgelegt. Bayern sollte die Bundesinitiative sinnvoll ergänzen, eigene Schwerpunkte bilden und auch die Kommunen in die Lage versetzen, rasch und wirksam zusätzlich zu investieren.

Aufgrund der Finanzkrise und der besonderen Auswirkungen der Rezession auf einzelne Branchen (mittelständische Zulieferer der Automobilindustrie) kann von einem deutlich stärkeren Bedarf an Förderkrediten ausgegangen werden. Im Jahr 2007 wurden beispielsweise bei der LfA Förderbank Bayern zinsverbilligte Kredite im Volumen von rund zwei Milliarden Euro von der bayerischen Wirtschaft nachgefragt. Entsprechend musste der bereitgestellte Zinszuschuss in Höhe von 27 Millionen Euro über eine Verschlechterung der Zinsmodalitäten gestreckt werden. Deshalb müssen jetzt die Finanzierungshilfen für den Mittelstand durch auf öffentliche Förderleistungen deutlich erhöht werden. Zinsgünstige Darlehen sind dafür ein geeignetes Instrument.

An die
Frau Präsidentin
des Bayerischen Landtags
Maximilianeum
81627 München

hz
Telefon 089 4126 2350
Telefax 089 4126 1229
harald.zeidler
@bayernspd-landtag.de

München, 17.11.2008

Antrag

Bayerischer Rettungsschirm für Arbeitsplätze (XV) Hilfen für den Mittelstand bei Liquiditätsschwierigkeiten

Der Landtag wolle beschließen:

Es gilt in der aktuellen Finanz- und Konjunkturkrise: den Menschen helfen, nicht nur den Banken! Die massive Krise auf den Finanzmärkten erfordert weltweit milliardenschwere staatliche Hilfsprogramme. Inzwischen sind die Auswirkungen auch in der Realwirtschaft - beim Wirtschaftswachstum, in Unternehmen und auf dem Arbeitsmarkt - deutlich zu spüren. Die Bayerische Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, ergänzend zum Konjunkturprogramm der Bundesregierung auch in Bayern umfassende und kraftvolle Initiativen zu ergreifen, um der Rezession entgegenzuwirken, den Abschwung abzukürzen und damit eine Brücke bis zum nächsten ökonomischen Aufschwung zu bauen. Dafür soll es im Jahr 2009 ein Sonderprogramm für Wachstum und Beschäftigung geben.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein Programm vorzulegen, mit dem angesichts der Krise der Automobilindustrie den Liquiditätsschwierigkeiten vieler Kfz-Händler und Zulieferer wirksam begegnet werden kann.

Finanzierung: Kosten zunächst keine.

Franz Maget

Dr. Thomas Beyer

Adelheid Rupp

Dr. Paul Wengert

Susann Biedefeld

Volkmar Halbleib

Annette Karl

Reinhold Perlak

Florian Ritter

Bernhard Roos

Dr. Simone Strohmayr

Begründung:

Deutschland befindet sich in einer Rezession, das Bruttoinlandsprodukt schrumpft. Dadurch wird die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, die zu einer deutlichen Abnahme der Zahl der registrierten Arbeitslosen und zu einem Anstieg der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten geführt hat, beendet. Es droht akut ein erneuter Anstieg der Arbeitslosigkeit durch den konjunkturellen Einbruch, der durch saisonale Effekte noch verstärkt wird. Die Politik ist jetzt gefordert, kraftvoll und entschieden mit allen wirtschaftspolitischen Instrumenten gegenzusteuern.

Das wichtigste politische Ziel ist es, möglichst rasch – also schon im Jahr 2009 - auf einen ökonomischen Wachstumspfad zurückzukehren. Es ist daher notwendig, dass Bund, Länder und Kommunen im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles tun, um die Rezession so schnell wie möglich zu überwinden. Der Bund hat durch sein Konjunkturprogramm vorgelegt. Bayern sollte die Bundesinitiative sinnvoll ergänzen, eigene Schwerpunkte bilden und auch die Kommunen in die Lage versetzen, rasch und wirksam zusätzlich zu investieren.

Neben zinsverbilligten Darlehen über die LfA muss ein Programm vorgelegt werden, dass beispielsweise mit Bürgschaften, Haftungsfreistellungen, Exportabsicherungen dem Mittelstand aus Liquiditätsengpässen hilft.